



letzten, dass ein Sparpaket im Ausmaß von 1% der Wirtschaftsleistung diese um durchschnittlich mehr als 0,6% schwächt – was in Folge wiederum das Defizit um etwa 0,3% des BIP verschlechtert. Griechenland bestätigt unfreiwillig diesen engen Zusammenhang: Milliardenschwere Sparpakete (vgl. OECD 2011) lassen die Wirtschaft weiter schrumpfen (-7,3 % von Juli 2010 bis Juni 2011), wodurch Steuereinnahmen wegbrechen (1. HJ 2011: -8,3% gegenüber Vorjahreszeitraum trotz Erhöhungen) und die Kosten für die Arbeitslosigkeit (die Arbeitslosenquote 6/2011 stieg um 5 Prozentpunkte gegenüber 6/2010 auf 16,6%) ansteigen, was am Ende das Staatsdefizit neuerlich in die Höhe treibt (vgl. Griechisches Finanzministerium 2011).

Die Schuldenbremse ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern auch ein demokratiepolitisches, wie etwa das spanische Beispiel zeigt.

Diese Zusammenhänge werden in der öffentlichen Debatte gerne ausgeblendet – lieber bedient man sich dem Klischee fortgesetzter griechischer Verantwortungslosigkeit. Und das, obwohl die griechische Entwicklung zumindest deutschen PolitikerInnen sehr vertraut sein sollte: Deren Konsolidierungsversuche 2002 folgend (vgl. Truger 2010) scheiterten ebenfalls. So ernteten sie am Ende die schwächste Wirtschaftsentwicklung in der EU und ein Verfahren wegen Überschreitung der Maastricht-Defizitgrenze. Sowohl heute in Griechenland als damals in Deutschland hätte auch eine Schuldenbremse in der Verfassung daran nichts geändert.

Spanien, Italien, Frankreich – to be continued? ■ Trotzdem wurden „Schuldenbremsen“ nun im Eilverfahren in der spanischen und italie-

nischen Verfassung verankert. Frankreich soll demnächst folgen. Dieser Trend stellt eine Bedrohung für Wohlstand, Beschäftigung und Stabilität in Europa dar. Diese drei Länder plus Deutschland umfassen bereits mehr als drei Viertel der Wirtschaftsleistung der Eurozone. Versuchen alle gleichzeitig einen scharfen Sparkurs einzuschlagen, werden sich auch andere Länder von den dort zu erwartenden negativen Auswirkungen kaum abkoppeln können. Das gilt insbesondere für die österreichische Wirtschaft, die etwa 17% aller Güter und Dienstleistungen dort absetzt. Mittlerweile erfolgte am Eurogipfel Ende Oktober die Einigung, bis 2012 in allen Staaten der Eurozone strukturelle Nulldefizite möglichst in der jeweiligen Verfassung zu verankern.

Nun forderte auch die österreichische Finanzministerin eine Schuldenbremse für Österreich, allerdings in einer etwas eigenartigen Form. Sie möchte per Gesetz beschließen, dass die Staatsverschuldung bis 2020 auf 60% des BIP gedrückt werden sollte. Woher die dafür notwendigen über 40 Mrd. Euro – die Hälfte des gesamten Bundesbudgets – kommen sollen, bleibt gerade angesichts eingetrübter Wachstumsaussichten und mit einer ebenso angekündigten radikalen Senkung der Steuer- und Abgabenquote ein Rätsel. Die Schuldenbremse ist aber nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern auch ein demokratiepolitisches, wie etwa das spanische Beispiel zeigt: Innerhalb nur einer Woche erfolgte gegen den Widerstand der kleineren Parteien, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und selbst Teilen der regierenden SozialdemokratInnen die erste substantielle Verfassungsänderung seit der Rückkehr zur Demokratie. So sollte ein glaubwürdiges Signal an die Finanzmärkte gesendet werden, um so die steigende Zinsbelastung einzudämmen – was eine wichtige Grundvoraussetzung für die Stabilisierung der Staatsfinanzen darstellt.

Die Hoffnung war jedoch vergeblich, denn sowohl am Tag des Beschlusses als auch danach stiegen die Zinsen für spanische Staatsanleihen erneut. Offensichtlich dürften hier die FinanzmarktakteurInnen eine realistischere Einschätzung haben als europäische Staatsspitzen. Ebenfalls anhand der Kursentwicklung von Staatsanleihen lässt sich ablesen, was tatsächlich zu einer kurzfristigen Krisenlösung notwendig wäre: ein „lender of last resort“, der im Notfall als Finanzier von Staaten einspringt, wenn private InvestorInnen ausfallen. Immer wenn die Europäische Zentralbank (EZB) mittels Schuldenkauf kurzfristig intervenierte, sank das Zinsniveau der Krisenländer sehr rasch. Da für eine solche Funktion mittelfristig allerdings vierstellige Milliardenbeiträge notwendig sind, ist die entscheidende Frage, ob die EZB diese weiterhin übernehmen wird. Alternativen gibt es dazu kaum, denn weitreichendere kollektive Lösungen der europäischen Staaten sind derzeit politisch noch schwerer durchsetzbar.

Zusätzlich zur kurzfristigen Krisenlösung bedarf es mittelfristig einer Reduktion der Krisenanfälligkeit durch eine egalitäre Verteilung der Einkommen, effektive Finanzmarktregulierung sowie eine deutliche Konsolidierung der Staatsfinanzen (ohne Schuldenbremse). Letzteres kann aber nicht durch möglichst radikales Sparen, sondern nur durch einen Mix aus höheren Steuereinnahmen und einer sanften mittelfristigen Beschränkung des Ausgabenwachstums gelingen. Dabei gilt es die Belastung vor allem auf die Wohlhabendsten zu konzentrieren, die ansonsten – zugespitzt formuliert – dieses Geld ohnehin den Staaten gegen hohe Zinsen verborgen (oder den Finanzmärkten zuführen) anstatt es nachfragewirksam ausgeben würden. Statt an Schuldenbremsen sollte deshalb an einer möglichst europaweiten Einführung/Erhöhung von Finanztransaktions-, Kapitalertrag-, »